Saar-Echo

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 1
Telegramm-Adresse: Saar-Echo.
Fernsprecher 70 und 82. Postscheck 26.

18 DESSIPANT ATQUE COVET 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Fr. 11.00.
Zeilenpreis: Die 6gespaltene 40 mm-Zeile 0.45 Fr. Deutschland 30 Pfg. Ausländ. Anzeigen 50 Cts.

Nr. 204 — Saarlouis, Mittwoch, den 7. September 1927. — 56. Jahrgang.

Der Völkerbund an der Arbeit.

Deutsch-belgische Verständigung in Genf?

Paris, 6. Sept. Nach hier vorliegenden Meldungen aus Genf scheinen in der deutsch-französisch-belgischen Angelegenheit der Frankfurtenmunitionsfrage die Verhandlungen, die gestern abend fortgesetzt wurden, zu einem Einigungsvorschlag geführt zu haben, der Aussicht haben soll, angenommen zu werden. Die vorläufige Einigung soll heute beschlossen, doch von beiden Seiten erklärt wird, eine weitere Behandlung der Frage soll zur Zeit im allgemeinen Interesse unterbleiben und werde deshalb verschoben. Da aber die Unterrichtung in seinem Bericht erfolgte, es werde die Angelegenheit vor der Oeffentlichkeit behandelt, so ist es wahrscheinlich, daß in den Besprechungen der Locarnomächte die Frage früher oder später noch zur Verhandlung kommt. Es soll darüber in Berlin und Brüssel gleichzeitig eine offizielle Mitteilung entgegeben werden.

Die Reichspresse gegen Briand.

Berlin, 6. Sept. Trotz der sowohl von Dawes als auch von der Botschafterkonferenz ausgesprochenen Nichtzustimmung hat die Reichspresse die ihnen Briand zugunsten der Räumung Kolmarsis und des Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland fort. Dabei ist es auffällig, daß man gerade wenigen Kolmarsi als Grund angeführt wird offenbar deshalb Ruhe bei Stresemann, daß die Opposition gegen den Außenminister Stresemann zu verschärfen. Der „Matin" bezweifelt, indem er auf den Präsidentwahl der freien Botschafter Wallin hinweist, daß man den guten Glauben Tschitscherins und hält seine Forderung nach Abberufung Kolmarsis aufrecht. Lediglich tut der „Koenig", daß er beschwichtigt sie zu mäßigen, daß, wenn Frankreich aufgeben kann, den Sowjetbotschafter zu entfernen, da sonst der eigene Botschafter zurückzuziehen müsse. — Die Kartellpresse spiegeln mit weder der Entfernung Kolmarsis noch von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen einen wissen, obwohl sie die „publizistischen" das Bolschefter behaupten. Der „Berliner" wirft der nationalistischen Presse vor, einen an und für sich harmlosen Vorwurf aufzugreifen, um ihr Ziel, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland zu erreichen zu können.

Der Fall Kolmarsi.

Paris, 6. Sept. Der russische Botschafter Kolmarsi, der vom seinem Heimatbesuch nach Paris zurückgekehrt ist, erklärte gegenüber Pressevertretern, er könne nicht sagen, ob er aufhaltlichen oder gar zurückkehren. Tschitscherin hat Kolmarsi mit großer Zurückhaltung behandelt, sprechen die Nachrichtlichen einer scharfen Ernste „Lenore" weist, daß die Majorität der kommunistischen Partei Rußlands die Angelegenheit vielleicht gern aufbauschen werde, um den russischen Botschafter in Paris, der der Wiederbringung angeblich, von seinem Posten abzuberufen. Bemerkenswerterweise in Genf in Bezug auf den russischen Botschafter und die Ausführungen der Rede von Wolkenstrom, in der Ausführungen der Rede von dem Chef Tschitscherin, die Politik die Vermutung nahelegt, in Chef Tschitscherin habe von Moskau den Befehl, den Außenministerium, Briand, die Politik im Sinne des französischen Innenministeriums Gewerkschaftsbeziehungen. Die Mitteilungen eines russischen Blattes der diplomatischen Beziehungen mit Rußland scheinen innerhalb der französischen Regierung berücksichtigt zu haben zu gestanden.

Briand erinnert an die französischen Schulden.

Genf, 6. Sept. In einem Schreiben an den Sekretär Sir Eric Drummond, Generalsekretär Briand, er habe erfahren, daß den Staatsdepartement Genf hat Fragen aufgeworfen wurden, die von Frankreich bei Amerika aufgeschobene Anleihe über 100 Millionen Dollar gutgeschrieben. Briand zeichnet an Anlaß die Anfrage, ob es für die Verständigung zwischen den beiden Völkern nicht besser sein würde, eine solche Anleihe zu ungünstigen, bis die beiden Völker eine Uebereinstimmung über die Schuldenregelung gefunden haben. Er nehme an, daß die kommende Session des Parlaments sich mit der französischen Schuldenfrage beschäftigen werde.

Die Protestnote Mussolinis.

Hellingfors, 6. Sept. Nach aus Rußland hier eingetroffenen Berichten werden zur Zeit alle Vorbereitungen für das Jubiläum 1927 zu den gegenwärtig stattfindenden Revolutionen vorbereitet. Insgesamt sind rund 500 000 Mann mobilisiert. Das einzige Tagesbefehl des Kommandanten von Leningrad, Oberst Kerk, rufe Sowjetrußland für den Krieg gerüstet sein, denn dieser stehe vor der Tür. Der Krieg werde den ganzen Kampf in ein großes Feldlager verwandeln. In den amtlichen Kreisen wird erklärt, daß die Mobilisation notwendig sei, um der Welt zu zeigen, daß Rußland zum Kampfe geschafft sei.

Der Indianeraufstand in Bolivia. — Russische Arbeit?

Genf, 6. Sept. Nach einer Meldung aus La Paz hat die bolivianische Regierung im Genf eine Reihe von Dokumenten eingereicht, die zu den Beweis führen sollen, daß der jüngste Indianeraufstand von der Sowjetregierung finanziert worden sei. Die Dokumente sollen der bolivianischen Regierung von einem Gewährsmann in Paris geliefert worden sein. Dieser soll, verwendete, daß die Sowjetregierung dem Führer der russischen Kommunisten, Malinow, eine Million Franken zu Zwecken dieser Sache, wozu er den Aufstand unternimmt. Der Genf hat nach Kenntnisnahme der Dokumente eine Entschließung angenommen, worin der Wunsch ausgesprochen wird, daß der Völkerbundsrat prüfen und beraten werde, und daß die russische Regierung mit großer Strenge gegen den Kommunismus vorgehe.

Grenzregelung durch polnische Flugzeuge.

Gdingen, 6. Sept. Wie aus Heidenburg gemeldet wird, haben am vergangenen Sonntag polnische Militärflugzeuge die Stadt Heidenburg überflogen. Die Flugzeuge befanden sich nur in geringer Höhe.

4. Nichtzulassung des Friedensbundes deutscher Katholiken.

In der Bundesversammlung am Donnerstag vormittag wurden eine Reihe von Begrüßungsschreiben deutscher Bischöfe verlesen, darunter eines von Kardinal Bertram, Breslau und Posen-Gnesen. In dem Bericht des Kardinals Hlond sie über die vom Friedensbund deutscher Katholiken in den letzten Jahren geleistete Arbeit wurde besonders hingewiesen, daß der Friedensbund sich allmählich von der losen Arbeitsgemeinschaft zur geschlossenen Organisation entwickelte. Der Friedensbund muß in erster Linie sein und Arbeiten eine Ehren- und Tatengemeinschaft, er muß ferner parteilos sein, daß seine Betätigung unterschieden mit dieser oder jener Zusammenfassung, mit dieser oder jener christlichen Partei, auch nicht mit dieser oder jener politischen oder sozialen Organisation.

Am Abend fand im Katholischen Saalbau eine gut besuchte öffentliche Kundgebung statt. Der erste Redner, P. Theodosius Ohlmeier, behandelte das Thema: Die Jugend und der Friedensgedanke. Redner führte aus, daß die Jugend in einem sehr höheren Ausblick in die Zukunft geb. sowie Pläne Mut zu Taten. Er kennzeichnete den Krieg als Zeitalter der Unordnung und Zerstörung, der nur durch die Arbeit und die Kraft der Arbeit vermieden. Den dieses Gewehr ausgebend führte er in einzelnen aus, daß niemand mehr Macht habe, daß man die Arbeitsgeister als Gerüste der Arbeit. Es müssen aber alle für den Frieden und die Arbeiten die Aufgabe der Gegenwart tätig sein, gleich welchem Stande sie auch immer angehören. Redner führte folgenden Zage neben man Stellung zu den Problemen der deutschen Verständigung nach Westen und nach Osten.

P. Dr. Ambrosius Koppel S. J. (München) erinnert mit bemerkenswerter Kenntnis des einschlägigen weiteren ein Bild von der gegenwärtigen Lage der deutsch-französischen Verhältnisse, soweit dieses zwischen den Kontrollen eingetreten ist.

Eine Vertiefung und Erweiterung denken seine Darlegungen durch die Betrachtung der deutschen Ostbeziehungen eines Bolschewismus, das zum französischen Bolschewismus, zum Aufstoße der vier französischen Provinzialbischöfen erschienen ist, ausgeschickt hatte. Ueber die deutsch-polnische Beziehungen brachten Pfr. v. Sodan (Zumirchau) sowie Dr. Dembowski. Letzterer erklärte, daß die polnische Regierung die eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den Minderheiten erfüllen wolle, aber das Schlimme ist, daß das unterste Instanzen. Widerspruch genutzte auch in Polen eine abstoßende Entscheidung unter dem katholischen Volke wie in Frankreich. Zum Schluß hat Pfarrer Sodan, Berlin, die nächste Tagung nach Mönchstein in München abgeholten.

Saarfragen.

Saarbrücken, 6. September.

Der Präsident der Regierungskommission Sir Cecil Wilton hat am Montag die Mitglieder des Vereins der Saarpresse zu einer neuen Besprechung eingeladen. Der Zweck dieser Besprechungen ist einzig, die Pressevertreter in den Stand zu setzen, die saarländische Oeffentlichkeit mit der nötigen Präzision zu unterrichten. Der Wert dieser Besprechungen liegt vor allem in der persönlichen Fühlung nahme und in der Möglichkeit, Fragen allgemeinen Interesses gar Sprache zu bringen und Unklarheiten zu erhellen, die es ermöglichen, ein Bild der von der Regierung verfolgten politischen Linie zu gewinnen, was dann zur gegebenen Zeit wieder der Oeffentlichkeit zugute kommt. Noch höhere Wirkung hat dann der Umgang als ein außerordentlich fruchtbarer bezeichnet werden, sowohl infolge der Zahl der von den Erscheinenen anwesenden Fragen als auch infolge der Vertrauensfähigkeit der Regierungskommission, und Klarstellung auf sie eingegeben. Die wichtigste der von Präsident Wilton angeschnittenen Fragen ist

die Frage der Saisonarbeiterbahnung.

Die Regierungskommission hat in ihrer Eingabe vom 1. September 1927 das Abkommen angenommen, das ihre Vertreter am 20. Juli 1927 zu Berlin mit der deutschen Regierung unter Zeitnahme eines Vertreters der französischen Regierung über die Saisonarbeiterbahnung des Saargebietes vereinbart haben. Auf Grund dieses ihres Beschlusses wird die Regierungskommission die deutsche Regierung erfahren, die Ort und Zeit zum Austausch der Ratifikationsurkunden bestimmt zu geben. Die Veröffentlichung des Abkommens wird erfolgen, sobald die Ratifikationsurkunden der beiden Regierungen ausgetauscht sind.

Es bedarf weiteren Nachdruckes der saarländischen Gesinnung, um das Abkommen wirksamstell zu machen, und es ist kaum heute zu rechnen, daß der vom Kommenden Frühjahr notwendige praktische Folgerungen aus diesem Abkommen gezogen werden können. Wieder die Einzelheiten des Abkommens lägt sich vor Abschluß der Ratifikationsurkunden nicht veröffentlichen, doch wird, wie erklärt wurde, bereits jetzt von der Regierungskommission mit allem Nachdruck darauf hingearbeitet, die Wirkungen möglichst zu beschleunigen.

Von Interesse ist noch, daß noch den Mitteilungen des Herrn Wilhelm Nahmann nunmehr auch bald, vielleicht schon in wenigen Wochen,

mit der Ausnahme des Fingerabdruckes in Saarbrücken zu rechnen

ist. Die Regierungskommission hat eine Note an die Reichsregierung gerichtet, die auch als der Antrag auch eingetragen Abkommen bezüglich Jugendlichen Verbindungen angeschen werden darf. Doch ist es möglich, daß bereits vor ihrer Beschlussfassung durch die Reichsregierung die Genehmigung zur Ausführung des Fingerabdruckes gegeben wurde.

Auf verschiedene von den Erschienenen angeschnittene Fragen legte die Regierungskommission für die nächste Zusammenkunft eine Antwort voraus, die es natürlich nicht immer möglich ist, unverbrieftet Auskünfte zu erteilen.

Eine Frage, die die Oeffentlichkeit in besonderem Grade bewegt, ist

Frage des Kohlenwasserstoffkommissions mit Frankreich,

das bekanntlich, soweit das möglich ist, zwischen der Regierungskommission gefunden worden ist. Diese Möglichkeit erkennt sich jedoch nur auf den Beratungsgegenstand und die Berechnungsart, nicht auf die Berechnungsergebnisse. Die Ergebnisse aber sind, wie bekannt, unverändert. Unter anderen Umständen sind gleichen der Regierungskommission im Gange, am Ort und Zeit festzustellen, zu denen sich französische Vertreter mit den saarländischen Vertretern zwei beiden Parteien die gefundenen Abkommens treffen sollen. Dies heißt der Regierungskommission sind die Herren Rohmann und Moritz für diese Verhandlungen ausersehen.

Der Präsident der Regierungskommission reist nach Genf.

Saarbrücken, 6. Sept. Der Präsident der Regierungskommission, Sir Cecil Wilton, hat sich Dienstag früh nach Genf begeben und wird voraussichtlich Ende dieser Woche nach Saarbrücken zurückkehren.